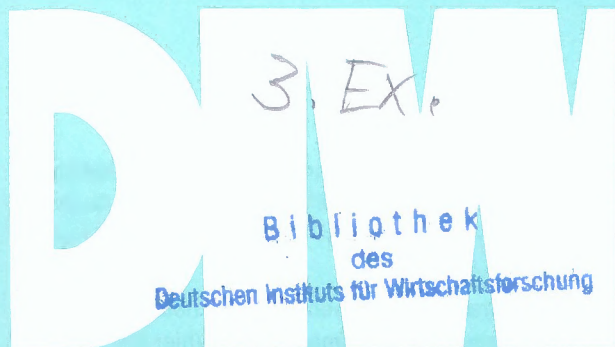




Integration deutscher Zuwanderer in den westdeutschen Arbeitsmarkt	609
Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland	618

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 35/94

Berlin

Bibliothek

1. September 1994

61. Jahrgang

Integration deutscher Zuwanderer in den westdeutschen Arbeitsmarkt

In den letzten zehn Jahren ist die Einwohnerzahl Westdeutschlands wanderungsbedingt um 4,8 Mill. gestiegen. Über die Hälfte dieser Nettozuwanderungen (Zuzüge abzüglich Fortzüge) ist auf die Zuwanderungen deutschstämmiger Personen aus den ost- und mitteleuropäischen Staaten sowie auf die Umzüge von Ost- nach Westdeutschland zurückzuführen. Die Integration in den Arbeitsmarkt hat für Zuwanderer einen hohen Stellenwert. Bereits im Jahr der Einreise haben 88 vH der aus Ostdeutschland zugezogenen Personen im erwerbsfähigen Alter und 73 vH der Aussiedler erstmals in Westdeutschland eine Erwerbstätigkeit aufgenommen. Die besten Beschäftigungschancen hatten junge, gut ausgebildete Männer, die in den Jahren mit einer günstigen Arbeitsmarktlage nach Westdeutschland gekommen sind. In den letzten beiden Jahren haben indes vor allem Aussiedler häufig wieder ihren Arbeitsplatz verloren. Bei einer weiterhin hohen Erwerbsneigung hält es die überwiegende Mehrheit der Arbeitsuchenden zur Zeit für schwierig, einen geeigneten Arbeitsplatz zu erhalten. Ein Drittel ist deshalb bereit, jede Art von Arbeit anzunehmen, und 40 vH wollen ihre Arbeitsmarktchancen durch Weiterqualifizierungs- bzw. Fortbildungsmaßnahmen verbessern. Insgesamt sind die Zuwanderer im Durchschnitt zufriedener mit ihrem Leben als westdeutsche Personen und blicken optimistisch in die Zukunft.

Starker Anstieg der Nachfrage nach Arbeitsplätzen

Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in den Staaten Ost- und Mitteleuropas sowie der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien haben insbesondere in den letzten Jahren zu starken Zuzügen aus dem Ausland ins Bundesgebiet geführt. Von 1984 bis 1993 sind 2,3 Mill. Deutsche, darunter 1,8 Mill. Aussiedler, und 6,8 Mill. Ausländer ins Bundesgebiet gezogen, davon die weit überwiegende Zahl in die alten Bundesländer (Tabelle 1). Hinzu kommen die Wanderungen von Ost- nach Westdeutschland: Von 1984 bis zur Vereinigung Deutschlands sind 0,8 Mill. Personen ins alte Bundesgebiet übersiedelt, anschließend bis zum Jahresende 1993 noch einmal fast genauso viele. Obwohl diesen Zuzügen Fortzüge ins Ausland in Höhe von 5,3 Mill. und 0,35 Mill. Umzüge von West- nach Ostdeutschland gegenüberstanden, stellt die wanderungsbedingte Zunahme der Einwohnerzahl in West-

deutschland um 4,8 Mill. eine Herausforderung für nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche dar.

Für die überwiegende Zahl der Zuwanderer hat der Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz in Deutschland den höchsten Stellenwert¹. Insbesondere für Aussiedler ist der Schritt zur Einreise nach Deutschland gleichzeitig ein völliger Neubeginn: Zumeist haben sie in ihren Herkunftsländern alles aufgegeben, um für immer in Deutschland zu

¹ Abgesehen von den Personen, die aufgrund der politischen Verfolgung in ihrer Heimat oder angesichts des Bürgerkrieges nach Deutschland geflüchtet sind bzw. in der Bundesrepublik aufgenommen wurden. Für diese Personen kann unterstellt werden, daß die Sicherheit (ein Leben ohne Verfolgung und Krieg) die höchste Priorität besitzt. Hinzu kommt, daß insbesondere Bürgerkriegsflüchtlinge oftmals in ihre Heimat zurückkehren wollen, sobald dies möglich ist, also keine „langfristige“ Integration in den Arbeitsmarkt anstreben. Vgl. Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/93, S. 393 ff.

Tabelle 1

**Wanderungen von und nach Westdeutschland
1984 bis 1993**

	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
	in 1000 Personen		
Außenwanderungen			
Deutsche	2 081	752	1 329
darunter: Aussiedler ¹⁾	1 810	140	1 670
Ausländer	6 776	4 520	2 256
darunter: Asylbewerber ¹⁾	1 600	390	1 210
Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland			
bis Juni 1990	793	28	765
Juli 1990 - November 1993	765	324	441
Wanderungen insgesamt	10 415	5 624	4 791
Nachrichtlich:			
Wanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland			
Deutsche	2 248	761	1 487
darunter: Aussiedler	1 845	150	1 695
Ausländer	6 990	4 619	2 371
darunter: Asylbewerber	1 701	400	1 301
Insgesamt	9 238	5 380	3 858
¹⁾ Zuzüge einschließlich Rückwanderungen aus Ostdeutschland; Fortzüge geschätzt. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt; Bundesinnenministerium; Bundesamt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge; Schätzungen des DIW.			

leben. Der Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz setzt in erster Linie die Integration in den Arbeitsmarkt voraus.

Vorliegende Untersuchungen und Datenbasis

Anhaltspunkte für die berufliche Integration deutscher Zuwanderer geben zwei Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)². In der einen Untersuchung wurden im vierten Quartal 1990 Zuwanderer aus Ostdeutschland, die bereits im Dezember 1989 bzw. Januar 1990 in Westdeutschland lebten und zu diesem Zeitpunkt das erste Mal interviewt wurden, ein zweites Mal über den weiteren Verlauf ihrer beruflichen und sozialen Eingliederung befragt³. In der anderen Untersuchung wurden 1991 Aussiedler zu zwei Zeitpunkten befragt: zum

ersten Mal während des Besuchs von Sprachkursen im Mai 1991, zum zweiten Mal etwa 6 Monate später⁴. Auch hier war die Integration in den Arbeitsmarkt das Untersuchungsziel.

Beide Befragungen kamen zu ähnlichen Ergebnissen: Der Einstieg in den Arbeitsmarkt ist den (hier betrachteten) Zuwanderern gut gelungen, insbesondere den Zuwanderern aus Ostdeutschland. Von ihnen hatten bereits im ersten Monat der Übersiedlung 43 vH, im Verlauf der ersten drei Monate weitere 29 vH und nach 4 bis 6 Monaten nochmals 10 vH einen Arbeitsplatz gefunden. Das sind also innerhalb eines halben Jahres über 80 vH⁵. Von den Aussiedlern übten zum Zeitpunkt der zweiten Erhebung etwa 3 Monate nach Beendigung der Sprachkurse 30 vH eine Beschäftigung aus⁶. Dieses positive Ergebnis ist jedoch unter dem Blickwinkel zu betrachten, daß die Arbeitsmarktlage in Westdeutschland in den Jahren 1990 und 1991 vergleichsweise günstig war. Offen bleibt aber die Frage, inwieweit es bei den Zuwanderern zu einer dauerhaften, stabilen Beschäftigung gekommen ist⁷.

Mit Hilfe der Zuwanderererstichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)⁸ ist es möglich, für Aussiedler und Zuwanderer aus Ostdeutschland, die in den letzten zehn

² Informationen über die berufliche Integration von Zuwanderern können nur eingeschränkt aus den amtlichen Statistiken gewonnen werden. Die Statistiken über die Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen unterscheiden zwar zwischen Deutschen und Ausländern, weitere Untergliederungen, z.B. nach einzelnen Zuwanderergruppen, sind jedoch zumeist nicht möglich. So gibt es zwar Angaben zur Zahl arbeitslos gemeldeter Aussiedler und zu den Arbeitsvermittlungen von Aussiedlern, der Personenkreis der „Aussiedler“ wird jedoch jedes Jahr neu definiert: Nur Deutschstämmige, die in den letzten fünf Jahren nach Deutschland eingereist sind, werden dazugezählt. Damit wird die Vergleichbarkeit zwischen den Jahren erschwert. Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Nr. und Jahrgänge.

³ Barbara Koller: Integration in die Arbeitswelt des Westens — Zur beruflichen Eingliederung von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2, 1992, S. 168 - 191.

⁴ Barbara Koller: Aussiedler nach dem Deutschkurs: Welche Gruppen kommen rasch in Arbeit? In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2, 1993, S. 207 - 221.

⁵ Vgl. Barbara Koller: Integration ..., a.a.O. S. 177.

⁶ Vgl. Barbara Koller: Aussiedler ..., a.a.O., S. 210.

⁷ Die Untersuchung über die berufliche Eingliederung von Aussiedlern sieht eine dritte Befragung zwei Jahre nach Ende der Sprachkurse vor. Vgl. Barbara Koller: Aussiedler ..., a.a.O., S. 221. Veröffentlichte Ergebnisse liegen unseres Wissens zur Zeit noch nicht vor.

⁸ Das Sozio-oekonomische Panel ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die seit 1984 in den alten und seit 1990 in den neuen Bundesländern durchgeführt wird. Vgl. Projektgruppe Panel, Zehn Jahre Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2, 1993, S. 27 - 43.

Tabelle 2

Ausgewählte Strukturmerkmale deutscher Zuwanderer und der heimischen Bevölkerung

	Zuwanderer insgesamt ¹⁾	davon:		Heimische Bevölkerung in Ost- ²⁾ West- ³⁾ deutschland	
		Ost- deutsche	Aus- siedler		
Struktur in vH					
Geschlecht					
Männlich	50	47	52	47	46
Weiblich	50	53	48	53	54
Alter (in Jahren)					
16 - 30	30	34	27	24	20
31 - 40	34	36	32	21	19
41 - 50	16	17	16	14	15
51 - 64	15	10	19	23	22
65 u. älter	5	3	6	18	24
Familienstand					
Verheiratet, zusammen lebend	75	67	79	61	58
Verheiratet, getrennt lebend	2	2	2	1	1
Ledig	17	23	13	22	23
Geschieden	3	6	2	7	6
Verwitwet	3	2	4	9	12
Schulausbildung					
Pflichtschule ohne Abschluß	7	0	12	3	5
8. Klasse, Hauptschule	11	19	5	35	54
10. Klasse, mittlere Reife	52	65	43	48	23
Abitur, weiterführende Schule	30	16	40	14	18
Berufsausbildung					
Keine Berufsausbildung	27	15	35	15	29
Abgeschlossene Berufsausbildung	64	79	55	76	61
Hochschulabschluß	9	6	10	9	10
Zuzugsjahr					
1981 - 1988	18	11	23	—	—
1989	39	46	34	—	—
1990	25	27	24	—	—
1991 - 1993	18	16	19	—	—
Punkte ⁴⁾					
Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben heute	7,4	7,1	7,6	6,2	7,2
N =	423	163	260	3 973	6 747

¹⁾ SOEP, Zuwanderer-Stichprobe 1994. — ²⁾ SOEP, Welle 4-Ost (1993), gewichtete Ergebnisse. — ³⁾ SOEP, Welle 10-West (1993), gewichtete Ergebnisse. — ⁴⁾ Punkte auf einer Werteskala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden).

Quelle: SOEP.

Jahren nach Westdeutschland eingereist sind, einen Teil der offenen Fragen zu klären⁹.

**Sozio-demographische Struktur
der befragten Personen**

Von den in der Stichprobe des SOEP befragten Zuwanderern im Alter von 16 Jahren und darüber sind 64 vH zwischen 16 und 40 Jahre alt und damit vergleichsweise jünger als die westdeutsche Bevölkerung, bei der der Anteil

⁹ Die hier ausgewertete Zuwandererstichprobe D1 wurde im Frühjahr 1994 erhoben. Sie umfaßt insgesamt 472 Personen. In die Untersuchungen konnten 423 Personen einbezogen werden. Die Zahl der erfaßten nicht-deutschen Zuwanderer ist noch zu klein, um Strukturanalysen durchführen zu können. Im Frühjahr 1995 wird eine weitere Zuwandererstichprobe D2 erhoben, in der die Zahl der erfaßten nicht-deutschen Zuwanderer größer sein soll. Vgl. auch Erika Schulz, Ulrich Rendtel, Jürgen Schupp und Gert Wagner: Das Zuwanderer-Problem in Wiederholungsbefragungen am Beispiel des Sozio-oekonomischen Panels. DIW-Diskussionspapiere, Nr. 71, 1993.

dieser Altersgruppe 39 vH beträgt (Tabelle 2). Die hier erfaßten Zuwanderer sind formal gut ausgebildet: reichlich die Hälfte hat die mittlere Reife (bzw. den Abschluß der 10. Klasse), weitere 30 vH haben eine weiterführende Schule besucht. Rund zwei Drittel der Zuwanderer haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, 9 vH haben eine Hochschule absolviert. Von den Aussiedlern gaben 58 vH an, daß sie gut bzw. sehr gut deutsch sprechen können; 65 vH haben nach ihrer Einreise einen Deutschkurs besucht.

Fast zwei Drittel der Zuwanderer sind in den Jahren 1989 und 1990 nach Westdeutschland gezogen. Insbesondere im Jahr 1990 war die konjunkturelle Situation auf dem

Arbeitsmarkt günstig. Es ist zu vermuten, daß die Beschäftigungschancen für die in diesem Zeitraum zugewanderten Erwerbspersonen besser waren als für diejenigen, die vor 1989 oder in den Jahren 1992 und 1993 zugewandert sind.

Zum Befragungszeitraum waren drei Viertel der Zuwanderer verheiratet und 3 vH verwitwet. Der Anteil der Ehepaare liegt weit über dem Durchschnitt in Deutschland. Darin kommt zum Ausdruck, daß insbesondere Aussiedler im Familienverbund nach Deutschland einreisen und der Zuzug eine endgültige Entscheidung für ein Leben in Deutschland ist. Einen Hinweis hierauf geben auch die

Tabelle 3

Geschätzter Anteil der Zuwanderer, die im Jahr der Einreise oder im Folgejahr erwerbstätig geworden sind¹⁾

	Im Jahr der Einreise		Im Jahr nach der Einreise	
	Vollzeit- erwerbstätig (Modell 1)	Beschäftigt ²⁾ (Modell 2)	Vollzeit- erwerbstätig (Modell 3)	Beschäftigt ²⁾ (Modell 4)
	in vH			
Durchschnitt (insgesamt)	75 ***	81 ***	85 ***	91 ***
Geschlecht				
Männlich	85 ***	89 ***	94 ***	96 ***
Weiblich	62 ***	70 ***	68 ***	81 ***
Herkunft				
Ostdeutsche	81 **	88 ***	91 ***	97 ***
Aussiedler	68 **	73 ***	76 ***	80 ***
Schulausbildung				
8. Klasse, Hauptschule	70 *	73	78	87
10. Klasse, mittlere Reife	70 *	86	84	91
Abitur, weiterführende Schule	84 *	84	91	94
Berufsausbildung				
Keine Berufsausbildung	72	79	80 *	92
Abgeschlossene Berufsausbildung	68	78	74 **	88
Hochschulabschluß	83	86	94	96
Alter bei der Einreise (in Jahren)				
16 - 30	71 *	86 **	83	90 **
31 - 45	83 **	89 ***	89 *	96 **
46 - 60	70	72 *	81	86 *
Jahr der Einreise				
1981-1988	62 **	67 **	86 **	94 **
1989	60 **	80 *	75 **	83 *
1990	79 **	88 **	86 **	88 *
1991-1993	84 **	87 **	91 **	96 **
Alter beim Berufsbeginn				
Unter 16	81	84	87	91 *
17 - 21	81	86	90 **	95 **
22 - 28	61 *	72	73 *	83 *
Vorheriger Kontakt zu Personen in Westdeutschland				
Ja	75	91	85	94 *
Nein	76	65	85	89 *

¹⁾ Ergebnisse multipler Regressionsanalysen; Statistische Irrtumswahrscheinlichkeit: *** ≤ 1 vH, ** ≤ 5 vH, * ≤ 10 vH. —

²⁾ Beschäftigt: Vollzeitbeschäftigt, Teilzeitbeschäftigt oder geringfügig beschäftigt.

Quelle: SOEP, Zuwandererstudie 1994.

Antworten auf die Frage nach den Gründen für den Zuzug nach Westdeutschland. Als häufigste Gründe wurden genannt:

- Ich wollte in Freiheit leben (23 vH),
- ich wollte mit meiner Familie zusammenleben (20 vH),
- ich wollte einfach in Westdeutschland leben (17 vH),
- ich wollte ein besseres Leben (16 vH).

Dominierend war somit der Wunsch, mit der Familie in einem Land zu leben, das zum einen ein höheres Wohlstandsniveau aufweist als die frühere Heimat und zum anderen vielfältigere Entfaltungsmöglichkeiten für die eigene Persönlichkeit verspricht.

Dauer bis zur ersten Erwerbstätigkeit in Westdeutschland

Um die Integration in den Arbeitsmarkt zu untersuchen, wird hier der Frage nachgegangen, wann die hier erfaßten Zuwanderer zum ersten Mal in Westdeutschland eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben und von welchen Merkmalen die Integration in den Arbeitsmarkt abhängt¹⁰. Analysiert wird die Zeitspanne bis zur ersten Aufnahme einer Erwerbstätigkeit von Zuwanderern im Alter von 16 bis 60 Jahren. Unterschieden wird zusätzlich zwischen der

Aufnahme einer Vollzeit-erwerbstätigkeit (Modell 1 und Modell 3 in Tabelle 3) und der Aufnahme irgendeiner Beschäftigung, also einer Vollzeit-, einer Teilzeit- oder einer geringfügigen Erwerbstätigkeit (Modell 2 und Modell 4 in Tabelle 3)¹¹. Bei der Zeitspanne bis zur ersten Beschäftigung wird unterschieden zwischen dem Jahr der Einreise (Modelle 1 und 2) und dem Jahr nach der Einreise (Modelle 3 und 4).

Bereits im Jahr der Einreise haben im Durchschnitt drei Viertel der deutschen Zuwanderer in Westdeutschland eine Vollzeit-erwerbstätigkeit aufgenommen (Modell 1); zählt man die Teilzeiterwerbstätigen und diejenigen mit einer geringfügigen Erwerbstätigkeit hinzu, sind es sogar gut 80 vH (Modell 2). Der geschätzte Anteil der Erwerbstä-

¹⁰ Methodisch wird ein Regressionsmodell verwendet, das den Anteil der Zuwanderer, die im Jahr des Zuzugs bzw. im Jahr nach der Einreise ihre erste Erwerbstätigkeit in Westdeutschland aufnehmen, multivariat erklärt (logistische Regression) und die statistische Signifikanz der Einflußgrößen ausweist. Mit diesem Modell können die entsprechenden Anteilswerte unter Einbeziehung persönlicher Merkmale berechnet werden. In das Modell konnten 349 Fälle einbezogen werden.

¹¹ Eine ausführliche Darstellung findet sich bei Erika Schulz und Kerstin Seiring: Analyse der beruflichen Eingliederung deutscher Zuwanderer. Ein Beispiel für die logistische Regressionsanalyse mit SPSS. DIW-Diskussionspapiere, 1994.

Tabelle 4

Geschätzter Anteil der Zuwanderer, die im Jahr der Einreise eine Vollzeit-erwerbstätigkeit aufgenommen haben¹⁾

Jahr der Einreise	Bildungs- stufen	Ostdeutsche Zuwanderer		Aussiedler	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
1981 bis 1988		Anteile in vH			
	sehr gut ausgebildet ²⁾	91	74	83	58
	abgeschlossene Berufsausbildung ³⁾	85	61	73	43
	keine Berufsausbildung ⁴⁾	87	65	76	47
1989	sehr gut ausgebildet ²⁾	96	86	91	74
	abgeschlossene Berufsausbildung ³⁾	92	76	85	61
	keine Berufsausbildung ⁴⁾	94	80	87	65
1990	sehr gut ausgebildet ²⁾	96	87	93	77
	abgeschlossene Berufsausbildung ³⁾	94	79	87	65
	keine Berufsausbildung ⁴⁾	94	82	89	69
1991 bis 1993	sehr gut ausgebildet ²⁾	97	90	94	82
	abgeschlossene Berufsausbildung ³⁾	95	83	90	71
	keine Berufsausbildung ⁴⁾	96	86	91	74

1) Ergebnisse des Regressionsmodells 1: Geschätzter Anteil Erwerbstätiger der Zuwanderergruppe, die bei der Einreise 31 bis 45 Jahre alt waren und keinen vorherigen Kontakt zu Personen in Westdeutschland hatten. — 2) Als sehr gut ausgebildet gelten Zuwanderer, die das Abitur oder einen entsprechenden weiterführenden Schulabschluß und einen Hochschulabschluß haben. Als Alter beim Berufsanfang wird für diese Personen 22 bis 28 Jahre unterstellt. — 3) Unter abgeschlossene Berufsausbildung werden folgende Merkmale zusammengefaßt: 10. Klasse oder Realschule oder Pflichtschule mit Abschluß, abgeschlossene Berufsausbildung, Alter beim Berufsanfang: 17-21. — 4) Unter keine Berufsausbildung werden folgende Merkmale zusammengefaßt: 8. Klasse oder Volksschule, kein Berufsabschluß, Alter beim Berufsanfang: unter 16 Jahren.

Quelle: SOEP, Zuwandererstudie 1994, multiples Regressionsmodell 1 (Tabelle 3).

tigen erhöht sich noch geringfügig, wenn man das Jahr nach der Einreise in die Betrachtung einschließt: Dieser Anteil der erstmals Vollzeiterwerbstätigen steigt auf durchschnittlich 85 vH (Modell 3) und der Anteil der Beschäftigten (Voll-, Teilzeit-, geringfügig) auf insgesamt 91 vH (Modell 4). Geht man davon aus, daß die Personen im Jahr ihrer Einreise durchschnittlich ein halbes Jahr in Westdeutschland lebten, haben 80 vH im Durchschnitt nach 6 Monaten eine Beschäftigung aufgenommen, weitere 10 vH innerhalb des darauffolgenden Jahres.

Hinter dieser Durchschnittsbetrachtung verbergen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Zuwanderergruppen. Beispielsweise sind im Jahr der Einreise 88 vH der Zuwanderer aus Ostdeutschland erwerbstätig geworden (Vollzeit, Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung Modell 2); von den Aussiedlern waren es 73 vH. Die Einbeziehung weiterer Erklärungsgrößen ergibt ein noch differenzierteres Bild. Einen signifikanten Einfluß auf die Arbeitsaufnahme übten das Geschlecht, das Jahr der Einreise sowie das Alter bei der Einreise aus, während in bezug auf das Ausbildungsniveau der Zusammenhang nicht eindeutig ist.

Um die strukturellen Unterschiede zu verdeutlichen, sind in der Tabelle 4 exemplarisch für das Modell 1 (Aufnahme einer Vollzeiterwerbstätigkeit im Jahr der Einreise) die geschätzten Anteile der erwerbstätig gewordenen Personen ausgewiesen. Bei denjenigen, die im Jahr 1990 bei einer günstigen Arbeitsmarktlage nach Westdeutschland gekommen sind, war der Anteil Vollzeiterwerbstätiger im Jahr der Einreise mit rund 96 vH bei den männlichen Zuwanderern aus Ostdeutschland, die eine sehr gute Ausbildung hatten, am höchsten¹². Gleich gut ausgebildete ostdeutsche Frauen haben dagegen (im Jahr 1990) nur zu rund 87 vH eine Vollzeiterwerbstätigkeit aufgenommen. Da diese Frauen eine sehr hohe Erwerbsorientierung aufweisen, kann die Differenz kaum durch divergierendes Erwerbsverhalten erklärt werden¹³. Vielmehr dürften hier eher geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Arbeitsmarktchancen und im Erwerbsverhalten vorliegen. Im Vergleich zu den sehr gut ausgebildeten Zuwanderern aus Ostdeutschland sind die Anteile Vollzeiterwerbstätiger unter den Aussiedlern mit einer entsprechenden formalen Ausbildung bei den Männern kaum (93 vH) und bei den Frauen deutlich (77 vH) geringer.

Obwohl auch den Zuwanderern, die eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, die Integration in den Arbeitsmarkt im Jahr 1990 gut gelungen ist, fallen einige Unterschiede auf¹⁴. Der Anteil Vollzeiterwerbstätiger beträgt bei den ostdeutschen Männern mit abgeschlossener Berufsausbildung rund 94 vH, bei den ostdeutschen Frauen 79 vH, bei den Aussiedlern 87 vH (Männer) bzw. 65 vH (Frauen). Die tendenziell höhere Erwerbstätigkeit der Personen ohne Berufsschulabschluß könnte darauf hindeuten, daß Zuwanderer auf dem Arbeitsmarktsegment unqualifizierter Tätigkeiten Beschäftigung finden. Zum

Befragungszeitpunkt waren insbesondere Aussiedler überdurchschnittlich in diesem Marktsegment erwerbstätig.

Einen signifikanten Einfluß auf den Anteil der Zuwanderer, die im Jahr der Einreise eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, hat das Jahr des Zuzugs. Diese Variable steht hier für die Lage auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt und somit für die „Aufnahmebereitschaft“ und „Aufnahmefähigkeit“ des Arbeitsmarktes. Die Zuwanderungen im Zeitraum 1991 bis 1993 entfallen zu zwei Dritteln auf das konjunkturell günstige Jahr 1991 und zu weniger als 10 vH auf das Jahr 1993. Die im Vergleich zu 1990 höhere Erwerbstätigenquote bei allen Zuwanderergruppen ist auf die günstige Situation im Jahr 1991 zurückzuführen. Bei den Aussiedlern spielte aber auch eine Rolle, daß die durchschnittlich geförderte Dauer der Sprachkurse verringert wurde und andere Leistungen an Aussiedler gekürzt wurden, so daß auch der Zwang, zur Sicherung des Lebensunterhalts schnell eine Beschäftigung aufzunehmen, größer geworden ist. Aus Ostdeutschland sind in diesen Jahren überdurchschnittlich häufig Personen zugezogen, die bereits zuvor in Westdeutschland einen Arbeitsplatz hatten (Pendler)¹⁵.

Betrachtet man anstelle der konjunkturell günstigen Jahre 1990 bzw. 1991 die Jahre 1981 bis 1988, so ergeben sich deutlich geringere Erwerbstätigenanteile. Die Strukturunterschiede zwischen ostdeutschen Zuwanderern und Aussiedlern, zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den Ausbildungsgruppen finden sich auch in diesen Jahren wieder, sie fallen jedoch wesentlich stärker aus. Die höchsten Beschäftigtenanteile haben mit 91 vH die sehr gut ausgebildeten ostdeutschen Männer, die geringsten die Aussiedlerinnen ohne (47 vH) bzw. mit abgeschlossener Berufsausbildung (43 vH).

Auch im Vergleich zu den ostdeutschen Frauen mit formal entsprechender Ausbildung ist die Erwerbstätigenquote der Ausländerinnen um 18 vH-Punkte geringer, das sind fast 30 vH. Dies kann zum einen daran liegen, daß die Aussiedlerinnen eine Berufsausbildung in einem Bereich

¹² Die mit Hilfe der logistischen Regression geschätzten Anteile Erwerbstätiger beziehen sich auf die Gruppe der Zuwanderer, die bei der Einreise 31 bis 45 Jahre alt waren und keinen Kontakt vor der Einreise zu Personen in Westdeutschland hatten. Als „sehr gut ausgebildet“ gelten Zuwanderer, die Abitur oder einen weiterführenden Schulabschluß und einen Hochschulabschluß haben. Als Alter beim Berufsanfang wird bei diesen Personen 22 bis 28 Jahre unterstellt.

¹³ Elke Holst und Jürgen Schupp: Erwerbsbeteiligung und Erwerbsorientierung von Frauen in West- und Ostdeutschland 1990 bis 1993. DIW-Diskussionspapiere, Nr. 90, 1994.

¹⁴ Alter bei der Einreise: 31 bis 45 Jahre, kein Kontakt vor der Einreise zu Personen in Westdeutschland, Ausbildung: 10. Klasse, mittlere Reife, abgeschlossene Berufsausbildung, Alter beim Berufsanfang: 17 bis 21 Jahre (siehe auch Fußnote 12).

¹⁵ Vgl. Wanderungen von Ostdeutschland nach Westdeutschland. Bearb.: Felix Büchel und Johannes Schwarze. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/94, S. 128 ff.

abgeschlossen haben, für den der Bedarf in Westdeutschland nicht oder nur im geringen Umfang besteht (z.B. Landwirtschaft). Zum anderen haben Aussiedlerinnen häufig Berufsabschlüsse in traditionellen Frauenberufen. Hierzu gehören die Büroberufe, für deren Ausübung jedoch die Kenntnisse der deutschen Sprache (in Wort und Schrift) einen weit höheren Stellenwert besitzt als etwa in den handwerklichen Berufen. Mangelnde Sprachkenntnisse sind hier ein deutliches Einstellungshindernis.

Beides reicht jedoch nicht aus, um die große Differenz zur Erwerbstätigkeit ostdeutscher Frauen zu erklären. Einen zusätzlichen Einfluß dürfte das unterschiedliche Erwerbsverhalten haben. Für ostdeutsche Frauen sind Beruf und Familie wichtige Lebensziele. So entscheiden sich diese Frauen — wie der zur Zeit noch anhaltende Rückgang der Geburtenzahlen zeigt — in der gegenwärtigen Situation eher gegen (weitere) Kinder, um ihre Arbeitsmarktchancen nicht zu gefährden¹⁶. Aussiedlerfamilien streben zwar auch den Einkommenserwerb beider Partner an, um sich eine neue Existenz aufzubauen. Dem steht häufig die vergleichsweise hohe Kinderzahl in diesen Familien entgegen. In fast jedem fünften befragten Aussiedlerhaushalt leben 4 oder mehr Kinder unter 16 Jahren. Dies dürfte zu der, im Vergleich zu den ostdeutschen Frauen, geringeren Erwerbsbeteiligung der Aussiedlerinnen beigetragen haben. Die ständige Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Aussiedlerinnen in den Jahren nach 1988 könnte deshalb neben den konjunkturbedingten Einflüssen auch mit den verbesserten Möglichkeiten, eine außerhäusige Kinderbetreuung zu erhalten, zusammenhängen (höchste Priorität bei der Vergabe von Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen).

In der Tabelle 4 sind die Anteile Erwerbstätiger für die Zuwanderer im Alter von 31 bis 45 Jahre ausgewiesen worden. Im Vergleich dazu ist die Wahrscheinlichkeit, daß jüngere Zuwanderer zwischen 16 und 30 Jahren eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, etwas geringer. Dies hängt damit zusammen, daß jüngere Zuwanderer in Westdeutschland (nochmals) eine Ausbildung beginnen, um mit Hilfe eines hier erworbenen Abschlusses anschließend bessere Beschäftigungschancen zu haben. Darauf weist die Struktur der im Jahr 1994 nichterwerbstätigen jüngeren Zuwanderer hin, von denen ein Großteil (weiterführende) Schulen oder Hochschulen besucht.

Erwerbstätigkeit im Jahr 1994

In der Tabelle 5 ist der Erwerbsstatus im Jahr 1994 für die Zuwanderer ausgewiesen, die bereits im Jahr der Einreise eine Vollzeiterwerbstätigkeit (Modell 1) bzw. die im Jahr nach der Einreise eine Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung aufgenommen haben (Modell 4). Diejenigen, die vor 1989 zugezogen sind, sind mit 78 vH (Modell 1) bzw. 73 vH (Modell 4) wesentlich häufiger (auch noch) im Jahr 1994 erwerbstätig als Personen, die 1990 und danach erstmals eine Erwerbstätigkeit in Westdeutschland

Tabelle 5

Erste Erwerbstätigkeit und Erwerbstätigkeit 1994

Jahr der Einreise	Anteil der im Jahr 1994 (noch) Erwerbstätigen von den Zuwanderern, die	
	im Jahr der Einreise eine Vollzeiterwerbstätigkeit aufgenommen haben (in vH)	im Jahr nach der Einreise eine Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung aufgenommen haben (in vH)
1985-1988	78	73
1989	76	76
1990	69	65
1991-1993	58	60
Quelle: SOEP, Zuwandererstudie 1994.		

aufgenommen haben: Die Zuwanderer im Jahre 1990 waren 1994 (noch) zu 69 vH (Modell 1) bzw. 65 vH (Modell 4), die in den Jahren 1991 bis 1993 zu 58 vH (Modell 1) bzw. 60 vH (Modell 4) erwerbstätig. Dies deutet darauf hin, daß die „frühen“ Zuwanderer, wenn sie eine Erwerbstätigkeit gefunden haben, tendenziell stabilere Beschäftigungen aufweisen¹⁷. Der Anteil der Zuwanderer, die eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben, ist in den Folgejahren (also nach 1988) größer, die Beschäftigung aber vergleichsweise nicht so stabil. Darin dürfte das unterschiedliche Einstellungs- und Entlassungsverhalten der Unternehmen im Konjunkturzyklus zum Ausdruck kommen.

Insgesamt waren zum Befragungszeitpunkt 1994 rund 62 vH der Zuwanderer erwerbstätig und 38 vH nicht erwerbstätig (Tabelle 6). Zuwanderer aus Ostdeutschland waren mit 79 vH häufiger erwerbstätig als Aussiedler (51 vH). Dies liegt einmal an der im Vergleich zu den ostdeutschen Zuwanderern schlechteren Wettbewerbsposition auf dem Arbeitsmarkt. Etwa die Hälfte der Aussiedler (zumeist Männer) üben Tätigkeiten als un- oder angelernte Arbeiter aus, jeder fünfte Aussiedler (fast ausschließlich Frauen) übt einfache Angestelltentätigkeiten aus. Von den ostdeutschen Zuwanderern ist hingegen gut jeder Vierte als Facharbeiter beschäftigt, und auch der Anteil der Angestellten ist mit 37 vH deutlich höher. Zum anderen sind Aussiedler eher von Entlassungen bedroht.

¹⁶ Vgl. Vereintes Deutschland — geteilte Frauengesellschaft? Erwerbsbeteiligung und Kinderzahl in beiden Teilen Deutschlands. Bearb.: Ellen Kirner und Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/90, S. 575 ff., sowie Zur ökonomischen Rationalität des Geburtenrückganges in Ostdeutschland. Bearb.: Gert Wagner und James C. Witte. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/93, S. 662 ff.

¹⁷ Der Vergleich zur Erwerbstätigkeit im Jahr 1994 ist zwar nicht gleichbedeutend damit, daß die Person seit ihrer ersten Erwerbstätigkeit in Westdeutschland ununterbrochen beschäftigt war, kann also nicht gleichgesetzt werden mit der Gesamtbeschäftigungsdauer. Geht man jedoch davon aus, daß die Wahrscheinlichkeit für eine Erwerbsunterbrechung unabhängig von dem Zeitpunkt des Zuzugs ist, so verliert der Vergleich zwischen den Zuzugsjahren damit nicht an Aussagekraft.

Tabelle 6

Erwerbsbeteiligung und berufliche Stellung deutscher Zuwanderer und der heimischen Bevölkerung

	Zuwanderer insgesamt					Heimische Bevölkerung in					
	insges.	männl.	weiblich	Ostdtsch.	Aussiedl.	Ostdeutschland			Westdeutschland		
						insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.
Struktur in vH											
Derzeit erwerbstätig: ¹⁾											
Ja	62	78	48	79	51	54	64	46	54	66	43
Nein	38	22	52	21	49	46	36	54	46	34	57
Arbeitslos ²⁾											
Ja	13	11	14	9	15	14	13	15	4	5	3
Nein	87	89	86	91	85	86	87	85	96	95	97
Struktur der Erwerbstätigen in vH											
Erwerbstätigkeit: ³⁾											
Voll erwerbstätig	83	99	60	81	85	81	89	73	76	92	54
Teilzeit ⁴⁾	17	1	40	19	15	19	11	27	24	8	36
Berufliche Stellung: ¹⁾											
Un-, angelernte Arbeiter	33	34	26	22	44	13	14	12	13	11	17
Facharbeiter, Meister	27	38	8	26	28	27	41	11	15	24	4
Angestellte mit einfacher und qualifiz. Tätigkeit	28	9	52	37	20	31	12	53	34	21	53
Angestellte mit hochqualifizierter Tätigkeit	7	8	5	9	4	13	14	11	12	16	6
Sonstiges	5	11	9	6	4	16	19	13	26	28	20
Punkte ⁵⁾											
Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz ¹⁾	7,7	7,5	8,0	7,5	7,9	6,8	6,8	6,8	7,1	7,1	7,2

¹⁾ Hochsignifikante Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Zuwanderern sowie zwischen ostdeutschen Zuwanderern und Aussiedlern (0,01 Signifikanzniveau). — ²⁾ Geringe signifikante Unterschiede zwischen ostdeutschen Zuwanderern und Aussiedlern (0,1 Signifikanzniveau), keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. — ³⁾ Unterschiede zwischen den Geschlechtern hochsignifikant (0,01 Signifikanzniveau), zwischen ostdeutschen Zuwanderern und Aussiedlern keine signifikanten Unterschiede. — ⁴⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigte und Auszubildende. — ⁵⁾ Punkte auf einer Werteskala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden).

Quelle: SOEP, Zuwandererstudie 1994, Welle 4-Ost (1993, gewichtete Ergebnisse), Welle 10-West (1993, gewichtete Ergebnisse).

Aus den Analysen wird deutlich, daß fast alle Zuwanderer innerhalb eines Jahres eine Vollzeiterwerbstätigkeit aufgenommen haben. Zum Befragungszeitpunkt 1994 lag der Anteil Vollzeiterwerbstätiger an der Zahl der erwerbstätigen Zuwanderer insgesamt mit 83 vH deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt (76 vH). Dies liegt vor allem an dem Erwerbsverhalten der Frauen. Zugewanderte Frauen üben wesentlich häufiger eine Vollzeiterwerbstätigkeit aus als westdeutsche Frauen, wohl auch, um sich (mit der Familie) in Westdeutschland einen bestimmten Lebensstandard zu erarbeiten.

Letzte Berufstätigkeit Nichterwerbstätiger

Im Jahr 1994 waren von den 38 vH nichterwerbstätigen Zuwanderern 29 vH Männer und 71 vH Frauen. Von denjenigen, die 1994 nicht erwerbstätig waren, haben 23 vH vor ihrer Einreise nach Westdeutschland ihre letzte Erwerbstätigkeit ausgeübt, 55 vH waren zuvor in Westdeutschland und 22 vH noch nie erwerbstätig.

Die meisten zum Befragungszeitpunkt nichterwerbstätigen Personen waren zuvor vollzeiterwerbstätig (95 vH), nur wenige (und das ausschließlich Frauen) teilzeitbeschäftigt (4 vH), und eine geringfügige Beschäftigung wurde so gut wie nicht ausgeübt. Auch ist zu verzeichnen, daß die nichterwerbstätigen Frauen, die zuvor einmal in Westdeutschland erwerbstätig waren, zum weitaus überwiegenden Teil eine Vollzeittätigkeit ausgeübt hatten, vielfach als einfache oder qualifizierte Angestellte. Ein Drittel der Nichterwerbstätigen ist erst seit Anfang 1993 aus der Stelle ausgeschieden. Diese Personen waren im Durchschnitt 2,6 Jahre bei ihrer letzten Stelle beschäftigt, haben ihre letzte Tätigkeit also in der konjunkturell günstigen Situation im Jahre 1990 begonnen.

Von den Nichterwerbstätigen waren 24 vH arbeitslos gemeldet. Von diesen gab rund jeder Vierte an, entlassen worden zu sein, ein Drittel jedoch hatte von sich aus gekündigt. Gut die Hälfte der nichterwerbstätigen Personen hält es zur Zeit für schwierig, eine geeignete Stelle zu finden,

fast ein Viertel für praktisch unmöglich und nur jeder Vierzehnte für leicht. Dennoch ist der Erwerbswunsch weiterhin stark ausgeprägt. Auf die Frage: „Beabsichtigen Sie, in Zukunft eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen?“, antworteten von den Personen, die zuletzt in Westdeutschland erwerbstätig waren, zwei Drittel der Männer und sogar drei Viertel der Frauen „ganz sicher“ bzw. „wahrscheinlich“. Von denjenigen, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, gaben fast die Hälfte an „sofort“, weitere 12 vH innerhalb des kommenden Jahres. Während die Erwerbsneigung bei den betrachteten Personen relativ groß ist, gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede bezüglich des Zeitraumes bis zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit. Sofort wieder arbeiten wollten 85 vH der Männer, aber nur 39 vH der Frauen, während bei denjenigen, die erst in ein paar Jahren wieder erwerbstätig werden wollen, das Verhältnis umgekehrt ist, was teilweise mit den höheren Kinderzahlen in den Aussiedlerfamilien zusammenhängen dürfte.

Ein Drittel der Arbeitsuchenden ist bereit, jede Art von Arbeit anzunehmen, weitere 14 vH suchen eine Erwerbstätigkeit in einem Beruf, der nicht ihr erlernter ist. 40 vH der Arbeitsuchenden wollen sich weiterqualifizieren, um ihre Arbeitsmarktchancen zu verbessern. In ihrem Arbeitsmarktbericht für das Jahr 1993 weist die Bundesanstalt für Arbeit darauf hin, daß sie im Jahr 1993 weniger Aussiedler in Arbeit vermitteln konnte und daß Aussiedler anscheinend die konjunkturelle Schwäche, aber auch die Konkur-

renz durch ausländische Arbeitskräfte stärker spüren¹⁸. Diese Aussage paßt zu dem hier gewonnenen Bild, daß Aussiedler eher ungelernte und einfache Tätigkeiten ausführen und im Konjunkturabschwung auch eher entlassen werden.

Insgesamt sind die Zuwanderer zufriedener mit ihrem gegenwärtigen Leben als die westdeutsche und die ostdeutsche Bevölkerung. Auf die Frage: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“, gaben Zuwanderer auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) im Mittel 7,7 an, Westdeutsche 7,1 und Ostdeutsche 6,8. Und auch die zur Zeit Nichterwerbstätigen blicken optimistisch in die Zukunft: Auf die Frage: „Welche Erwartungen haben Sie für Ihre persönliche Zukunft in den nächsten Jahren?“, antworteten von den Nichterwerbstätigen über 44 vH „Ich bin da optimistisch“ und weitere 42 vH „Ich bin da eher optimistisch als pessimistisch“. Darüber hinaus haben sich die Erwartungen der Zuwanderer an ihr Leben in Deutschland größtenteils erfüllt. Auf die Frage: „Haben sich Ihre Vorstellungen, mit denen Sie nach Westdeutschland gekommen sind, im großen und ganzen erfüllt?“, antworteten lediglich 3 vH mit „nein“.

¹⁸ Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Arbeitsmarkt 1993 — Arbeitsmarktanalyse für die alten und neuen Bundesländer. Nürnberg 1994, S. 111.

Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland

Die Untersuchung von Arbeitszeitpräferenzen hat im Zusammenhang mit der neuerlichen Diskussion um Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung an Bedeutung gewonnen. Allgemein wird hervorgehoben, daß Arbeitszeitverkürzungen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen sollen und flexibel zu handhaben sind¹. Im vorliegenden Bericht werden die Arbeitszeitwünsche von abhängig Beschäftigten und von Nichtbeschäftigten untersucht. Die Ergebnisse zeigen, daß Wunsch und Wirklichkeit sehr häufig auseinanderfallen: Bei lediglich der Hälfte der abhängig Beschäftigten in West- wie Ostdeutschland stimmte 1993 die vereinbarte mit der gewünschten Arbeitszeit überein. Per saldo wird häufiger Arbeitszeitverkürzung als Mehrarbeit gewünscht. Frauen wollen öfter und in größerem Umfang als Männer ihre Arbeitszeit reduzieren. Den Wunsch nach Mehrarbeit äußern vor allem Männer und geringfügig beschäftigte Frauen. Nicht als arbeitssuchend registrierte Erwerbslose („Stille Reserve“) wünschen zunehmend die Aufnahme einer Erwerbsarbeit; sie sind überwiegend an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert. Darüber hinaus lassen die Ergebnisse vermuten, daß es bei einer Ausweitung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen auch zu einer verstärkten Aufnahme von Zweitbeschäftigungen kommt. Die Untersuchung zeigt ferner, daß das Teilzeitpotential stärker ausgeschöpft werden könnte, wenn Teilzeitbeschäftigten die Option zur Rückkehr zu längeren Arbeitszeiten eingeräumt würde.

Datenbasis

Der Analyse liegen Daten der Erhebungsjahre 1985 bis 1993 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zugrunde. Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von über 13 000 erwachsenen Personen in Privathaushalten². Bei den Erwerbstätigen beschränkt sich die Untersuchung auf die zum jeweiligen Befragungszeitpunkt abhängig Beschäftigten (ohne gewerbliche und kaufmännische Auszubildende). Die Gruppe der Nichterwerbstätigen umfaßt neben den zum Befragungszeitpunkt arbeitslos Gemeldeten auch die nicht als arbeitssuchend Registrierten, jedoch an der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit Interessierten (neben Personen in Ausbildung, Mutterschutz also auch Personen der sog. „Stillen Reserve“).

Arbeitszeitwünsche in Westdeutschland

...in ihrer Struktur

Im SOEP gaben im Frühjahr 1993 in Westdeutschland 40 vH der abhängig beschäftigten Frauen, aber nur 4 vH der Männer (einschließlich geringfügig Beschäftigter) an, einer Teilzeitbeschäftigung³ nachzugehen. Befragt nach ihrer Wunscharbeitszeit⁴, wollten insgesamt 57 vH der abhängig beschäftigten Frauen und 11 vH der Männer weniger als 35 Stunden pro Woche erwerbstätig sein.

Von den *Vollzeitbeschäftigten* wünschten sich die meisten eine wöchentliche Arbeitszeit von 35 und mehr Stunden, knapp ein Drittel (hochgerechnet 1,9 Millionen) der Frauen und jeder zehnte Mann (hochgerechnet 1,3 Millionen) würde aber gern weniger als 35 Stunden pro Woche erwerbstätig sein; der Schwerpunkt liegt hier bei 30 Stunden (Frauen: 16 vH, Männer: 5 vH) (Tabelle 1). Eine Erwerbsarbeit mit weniger als 30 Stunden wollen fast nur Frauen ausüben, wobei hier der Wunsch nach einer klassi-

schen 20 Stunden-Beschäftigung (6 vH) im Vordergrund steht.

Frauen, die bereits einer *Teilzeitbeschäftigung* nachgehen, wollen zu 95 vH auch eine Beschäftigung mit weniger als 35 Stunden pro Woche ausüben. Die Wünsche konzentrieren sich hier auf eine Wochenarbeitszeit von 20 Stunden (31 vH); mehr als ein Fünftel der in Teilzeit beschäftigten Frauen wünschen im Geringfügigkeitsbereich (zwischen 1 und 14 Stunden pro Woche) erwerbstätig zu sein.

¹ Vgl. hierzu z.B. Europäische Kommission: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung — Herausforderung der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert — Weißbuch, Luxemburg, 1994, S. 153 f., sowie OECD: OECD-Beschäftigungsstudie: Fakten, Analysen, Strategien, Paris, 1994, S. 47.

² Das SOEP wird im Auftrag des DIW seit 1984 jährlich in den alten Bundesländern durchgeführt. Im Juni 1990 wurde es auf das Gebiet der DDR ausgedehnt. Vgl. hierzu auch Projektgruppe Panel, Zehn Jahre Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2, 1993, S. 27-42.

³ Gewöhnlich ist Teilzeitarbeit dadurch charakterisiert, daß die vertragliche Wochenarbeitszeit unterhalb der betriebsüblichen Stundenzahl für Vollzeitarbeitskräfte liegt. Unter Teilzeitarbeit wird hier nach häufig eine Beschäftigung mit weniger als 35 Stunden pro Woche verstanden. Vor dem Hintergrund der stufenweisen Verkürzung der Wochenarbeitszeiten in den letzten Jahren und der differierenden tariflichen Wochenarbeitszeiten in den einzelnen Branchen wird es jedoch immer schwieriger, eine bestimmte Wochenstundenzahl zur generellen Abgrenzung von Voll- und Teilzeitarbeit festzulegen. Im folgenden wird deshalb — wenn von Teilzeitarbeit die Rede ist — von der Selbstzuordnung der Befragten ausgegangen.

Für eine aktuelle Bestandsaufnahme zur Struktur und Dynamik der Teilzeitarbeit in den 80er Jahren vgl. die ebenfalls auf den Ergebnissen des SOEP beruhende Studie von Sigrid Quack: Dynamik der Teilzeitarbeit, Berlin, 1993.

⁴ Die Frage nach der Wunscharbeitszeit wird im SOEP gestellt unter Berücksichtigung, „daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde“. Damit können sowohl Analysen zu Wünschen bezüglich Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich als auch zur bezahlten Mehrarbeit durchgeführt werden.

Tabelle 1

Wunscharbeitszeit abhängig Beschäftigter in Westdeutschland¹⁾ 1993
in vH

Wunscharbeitszeit ²⁾	Insgesamt	Männer		Insgesamt	Frauen	Teilzeit ³⁾
		Insgesamt	Vollzeit		Vollzeit	
1 bis 14 Std.	5	1	1	10	2	22
15 bis 19 Std.	3	0	0	6	1	13
20 Std.	8	2	2	16	6	31
21 bis 29 Std.	5	2	1	10	5	19
30 Std.	9	5	5	13	16	9
31 bis 34 Std.	1	1	1	2	2	1
35 Std.	13	15	15	10	16	1
36 bis 40 Std.	49	61	63	31	49	4
41 und mehr Std.	8	12	12	2	3	0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	23 744	13 667	13 118	10 077	6 147	3 930

1) Arbeitszeitumfang nach Selbstzuordnung der Befragten. Ohne Auszubildende. — 2) Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“ — 3) Einschließlich geringfügig Beschäftigter, ohne Zweitbeschäftigung.

Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel.

...und im Vergleich
zur vereinbarten Arbeitszeit

Ein differenzierteres Bild der Arbeitszeitpräferenzen ergibt sich, wenn vereinbarte und Wunscharbeitszeit für jede einzelne erwerbstätige Person miteinander verglichen werden (Tabelle 2). Es wird davon ausgegangen, daß eine *Übereinstimmung* von Wunsch und Wirklichkeit vorliegt, wenn die Abweichung zwischen vereinbarter und Wunscharbeitszeit eine Stunde nicht überschreitet. Der Wunsch, *etwas* weniger/mehr erwerbstätig sein zu wollen, wird mit einer Abweichung zwischen zwei und fünf Stunden (jeweils im Minus- und Plusbereich) abgegrenzt. *Erhebliche* Arbeitszeitreduzierung bzw. Mehrarbeit wird nach der hier gewählten Definition gewünscht, wenn die Differenz sechs und mehr Wochenstunden beträgt.

Insgesamt liegt sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen der Anteil derer, die ihre Wochenarbeitszeit gerne reduzieren würden, über dem Anteil jener, die einen Wunsch nach Mehrarbeit äußerten. Unter den 30 vH in Vollzeit beschäftigten Männern, die ihre Arbeitszeit gerne verkürzen würden, gab etwa jeder Dritte an, dies in erheblichem Umfang tun zu wollen. Der Wunsch nach Arbeitszeitreduktion ist besonders ausgeprägt bei den Männern, die eine vereinbarte Wochenarbeitszeit von 41 und mehr Stunden aufweisen: Über drei Viertel der Befragten dieser Personengruppe wollen ihre Arbeitszeit reduzieren, die Hälfte erheblich. Der Wunsch nach Mehrarbeit ist bei den 35 bis 40 Wochenstunden beschäftigten Männern besonders ausgeprägt; freilich wollen genauso viele Männer auch weniger arbeiten.

Vollzeiterwerbstätige Frauen wollen wesentlich häufiger als Männer ihre Wochenarbeitszeit reduzieren; die Hälfte von ihnen äußerte einen Wunsch, der unter ihrer verein-

barten Arbeitszeit liegt. 29 vH wollen sogar um mindestens 6 Stunden verkürzt arbeiten. Nur 6 vH der vollzeitbeschäftigten Frauen möchten ihre Wochenarbeitszeit hingegen ausdehnen.

Arbeitszeitwünsche Nichterwerbstätiger

Immer mehr Nichterwerbstätige — insbesondere Frauen — wünschen die Aufnahme einer Erwerbsarbeit⁵. 1993 gaben hochgerechnet knapp 6 Millionen der im SOEP befragten Nichterwerbstätigen (Frauen 3,8 Millionen, Männer 2,1 Millionen) in Westdeutschland an, eine Erwerbsarbeit aufnehmen zu wollen (Tabelle 3).

Arbeitslos gemeldete Frauen präferieren überwiegend eine Vollzeitbeschäftigung, im Unterschied zu Frauen, die zwar erwerbstätig sein möchten, aber nicht als arbeitssuchend registriert sind („Stille Reserve“). Sie bevorzugen Teilzeitarbeit. Das Potential für Teilzeitbeschäftigung beläuft sich unter den nichtbeschäftigten Frauen auf über zwei Millionen. Davon würden knapp 700 000 der Befragten sofort oder innerhalb eines Jahres und über 1,4 Millionen später diese Beschäftigungsform wählen. Bei den nichtbeschäftigten Männern spielt der Wunsch nach Teilzeitarbeit hingegen nur eine sehr geringe Rolle.

Eine Ausweitung des Angebots an Teilzeitstellen — wie mit der Teilzeitorientierung der Bundesregierung angestrebt — trifft somit in Westdeutschland auch auf eine hohe

⁵ Vgl. Elke Holst und Jürgen Schupp: Erwerbsbeteiligung und Erwerbsorientierung von Frauen in West- und Ostdeutschland 1990 bis 1993. DIW-Diskussionspapier Nr. 90, Berlin, 1994, Tabelle S. 37.

Tabelle 2

Differenz zwischen vereinbarter Arbeitszeit und Wunscharbeitszeit abhängig Beschäftigter 1993¹⁾
in vH

	Insgesamt	Wunsch, weniger zu arbeiten ⁴⁾		Übereinstimmung ⁴⁾	Wunsch, mehr zu arbeiten ⁴⁾	
		6 und mehr Std./Woche	2 bis 5 Std./Woche		2 bis 5 Std./Woche	6 und mehr Std./Woche
Westdeutschland						
Männer						
Vereinb. Arbeitszeit ²⁾						
1 bis 34 Std.	5	7	5	45	4	38
35 Std.	1	10	15	37	30	9
36 bis 40 Std.	85	8	17	51	16	7
41 und mehr Std.	9	50	26	21	1	3
Insgesamt	100	12	17	48	14	9
Arbeitszeitumfang ³⁾						
Vollzeit	96	12	18	48	14	8
Teilzeit	4	10	8	45	5	33
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	13 665	1 640	2 364	6 559	1 927	1 162
Frauen						
Vereinb. Arbeitszeit ²⁾						
1 bis 14 Std.	9	0	5	63	10	22
15 bis 19 Std.	7	3	8	70	8	12
20 Std.	9	2	4	81	5	9
21 bis 29 Std.	12	10	14	62	9	5
30 Std.	3	22	0	71	1	5
31 bis 34 Std.	1	17	27	38	7	11
35 Std.	2	11	36	53	1	0
36 bis 40 Std.	53	28	21	45	6	1
41 und mehr Std.	3	64	19	17	0	0
Insgesamt	100	20	16	54	6	5
Arbeitszeitumfang ³⁾						
Vollzeit	61	29	21	44	5	1
Teilzeit	39	5	8	68	8	11
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	10 077	1 965	1 592	5 401	615	504
Ostdeutschland						
Männer						
Arbeitszeitumfang ³⁾						
Vollzeit	99	12	20	53	6	9
Teilzeit	1	/	/	/	/	/
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	2 644	320	457	1 269	373	225
Frauen						
Arbeitszeitumfang ³⁾						
Vollzeit	84	25	22	45	4	5
Teilzeit	16	4	14	40	18	25
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	2 396	467	379	1 284	146	120

¹⁾ Ohne Auszubildende. — ²⁾ Frage „Vereinbarte Wochenarbeitszeit“: Wie viele Wochenstunden beträgt Ihre vereinbarte Arbeitszeit ohne Überstunden? — ³⁾ Arbeitszeitumfang nach Selbstzuordnung der Befragten. — ⁴⁾ Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde“.

Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel.

Tabelle 3

Arbeitszeitwünsche Nichterwerbstätiger im erwerbsfähigen Alter¹⁾ mit Erwerbswunsch²⁾ 1993

	Frauen		Männer	
	Insgesamt	Zeitpunkt der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sofort ³⁾ später ⁴⁾	Insgesamt	Zeitpunkt der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sofort ³⁾ später ⁴⁾
Westdeutschland				
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	3 798	1 335	2 463	2 072
Arbeitszeitwunsch (vH)				
Vollzeit	26	34	22	77
Teilzeit	56	51	59	4
Beides recht/weiß nicht	18	16	19	20
Ostdeutschland				
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	1 252	1 034	218	798
Arbeitszeitwunsch (vH)				
Vollzeit	49	52	37	82
Teilzeit	21	17	40	3
Beides recht/weiß nicht	30	31	22	15

¹⁾ Nichterwerbstätige (einschl. Schüler und Studenten) im Alter von 16 bis unter 65 Jahren. — ²⁾ Antwort „ja“ oder „vielleicht“ auf die Frage: „Beabsichtigen Sie, in Zukunft (wieder) eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen?“ — ³⁾ Antwort „sofort“ oder „innerhalb des kommenden Jahres“ auf die Frage: „Wann etwa wollen Sie Ihre Erwerbstätigkeit aufnehmen?“ — ⁴⁾ Antwort „In 2 bis 5 Jahren“ oder „später“ auf die Frage wie in (3).

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel.

potentielle Nachfrage unter den Nichtbeschäftigten der „Stillen Reserve“.

Teilzeitbeschäftigte:
Geringfügig Beschäftigte
wollen ihre Arbeitszeit ausweiten

Unter den abhängig Beschäftigten in Westdeutschland weisen in Teilzeit beschäftigte Frauen die höchste Übereinstimmung zwischen vereinbarter und Wunscharbeitszeit auf (68 vH; vollzeiterwerbstätige: Frauen 44 vH, Männer 48 vH) (Tabelle 2). Dennoch lassen sich bei dieser Beschäftigungsform deutliche Diskrepanzen zwischen vereinbarter und Wunscharbeitszeit in Teilgruppen feststellen: Über 30 vH der Frauen, die z.B. einer (geringfügigen) Beschäftigung mit 1 bis 14 Wochenstunden nachgehen, wollen ihre Wochenarbeitszeit ausdehnen, der überwiegende Teil davon sogar erheblich. Damit ist zu vermuten, daß in dieser Gruppe vielfach auch eine sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung angestrebt wird.

Insgesamt wollen Männer im Durchschnitt 0,6 Stunden und Frauen 2,2 Stunden weniger pro Woche erwerbstätig sein⁶⁾ (Tabelle 4). Dies ist ausschließlich Ausdruck der kürzeren Arbeitszeitwünsche bei den Vollzeitbeschäftigten, wobei Frauen in dieser Personengruppe ihre Arbeitszeit durchschnittlich um 4,2 Stunden, Männer dagegen nur um 0,8 Stunden reduzieren möchten.

Bezieht man die Nichterwerbstätigen in die Analyse mit ein, zeigt sich, daß vor allem Frauen in der „Stillen Reserve“ Teilzeitarbeit wünschen und diese Beschäftigungsform vorwiegend als Brückenfunktion⁷⁾ zwischen Erwerbs- und Familienarbeit sehen.

Arbeitszeitpräferenzen Vollzeitbeschäftigter nach sozio-ökonomischen Merkmalen

Sowohl objektive Indikatoren (wie die finanzielle Situation des Haushalts und die berufliche Position) als auch subjektive Indikatoren (wie Arbeitszufriedenheit, Bewertung der Bedeutung von Fleiß und Ehrgeiz) haben Einfluß auf die Erwerbswünsche abhängig Vollzeitbeschäftigter.

⁶⁾ Die leichten Abweichungen der SOEP-Ergebnisse von der ISO-Studie „Arbeitszeit 93“ könnten neben dem üblichen Stichprobenfehler auf den unterschiedlichen Befragungskontext zurückzuführen sein. Während die ISO-Untersuchung stärker — schon in Vorfilterfragen — auf den Teilzeitaspekt ausgerichtet ist, werden im SOEP im Umfeld der Frage zu Arbeitszeitwünschen keinerlei Hinweise auf verkürzte oder längere Beschäftigungszeiten gegeben. Insofern fällt auch die Fallzahl der Mehrarbeit wünschenden Vollzeitbeschäftigten im SOEP höher aus. Vgl. hierzu Frank Bauer et al.: Arbeitszeit 93, Köln, 1994, Tabelle S. 116.

⁷⁾ Vgl. auch Jürgen Schupp: Teilzeitbeschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland — Opfer oder Gewinner der Arbeitszeitflexibilisierung? In: Sozialer Fortschritt, Jg. 38, Heft 11/12, 1989, S. 248.

Tabelle 4

Vereinbarte und gewünschte Arbeitszeit abhängig Beschäftigter (ohne Auszubildende) 1993
Stunden pro Woche

	Insgesamt	Männer			Frauen		
		Insgesamt	Vollzeitbe- schäftigt ¹⁾	Teilzeitbe- schäftigt ¹⁾	Insgesamt	Vollzeitbe- schäftigt ¹⁾	Teilzeitbe- schäftigt ¹⁾
Westdeutschland							
Vereinbarte Arbeitszeit	35,2	38,4	38,9	22,4	30,9	38,3	19,4
Gewünschte Arbeitszeit ²⁾	33,9	37,8	38,1	26,4	28,7	34,1	20,2
Differenz zwischen verein- barter und gewünschter Arbeitszeit	-1,3	-0,6	-0,8	4,0	-2,2	-4,2	0,8
Ostdeutschland							
Vereinbarte Arbeitszeit	39,4	41,0	41,1	(31,4)	37,6	39,5	27,8
Gewünschte Arbeitszeit ²⁾	37,5	39,6	39,7	(34,9)	35,2	36,1	30,5
Differenz zwischen verein- barter und gewünschter Arbeitszeit	-1,9	-1,4	-1,4	(-3,5)	-2,4	-3,4	2,7

1) Arbeitszeitumfang nach Selbstzuordnung der Befragten. — 2) Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“

Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel.

Wie Tabelle 5 zeigt, differieren bei über der Hälfte der Vollzeitbeschäftigten vereinbarte und gewünschte Arbeitszeit. Der Wunsch nach *erheblicher Arbeitszeitverkürzung* wird durchschnittlich von 12 vH der Männer und 29 vH der Frauen geäußert; er ist öfter in finanziell besser gestellten Haushalten, bei Angestellten in Leitungspositionen, Beamten des gehobenen sowie höheren Dienstes, im Dienstleistungsgewerbe und bei den Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen anzutreffen. Die Arbeitszeitwünsche differieren in Abhängigkeit von Alter und häuslicher Situation. Während bei den Männern vor allem die Jüngeren und Älteren ihre Erwerbsarbeit erheblich reduzieren möchten, sind es bei den Frauen gerade die 30- bis 39jährigen. Männliche Singles bzw. geschiedene Männer neigen eher als Verheiratete dazu, ihre Arbeitszeit erheblich zu verkürzen. Überdurchschnittlich häufig wird dieser Wunsch auch von Männern mit einer Nebenerwerbstätigkeit geäußert. Hier kann nicht ausgeschlossen werden, daß durch Arbeitszeitverkürzung freiwerdende Zeit auch für die verstärkte Ausübung einer Zweittätigkeit (und nicht etwa für Familienarbeit) genutzt wird. Bei den Frauen spielt das Vorhandensein von Kindern für den Wunsch nach Arbeitszeitreduktion eine relativ große Rolle⁸. Auch bei Vätern von Kleinkindern unter drei Jahren scheint dies der Fall zu sein: Zwei Drittel von ihnen wollen ihre Arbeitszeit verkürzen; sie äußern mehr als doppelt so häufig wie im Durchschnitt vollzeiterwerbstätiger Männer den Wunsch nach erheblicher Arbeitszeitverkürzung. Hier zeigen die Befragungsergebnisse allerdings, daß Väter später — nach den zeitaufwendigen ersten Erziehungsjahren — wieder stärker tradierte geschlechtsspezifische Rollenmuster übernehmen und ihre Arbeitszeit auszudehnen wünschen.

Abhängig in Vollzeit Beschäftigte, die ihre wöchentliche Arbeitszeit um *2 bis 5 Stunden reduzieren* möchten (Männer 18 vH, Frauen 21 vH), sind eine recht inhomogene Gruppe. Sie sind unter den qualifizierten Angestellten, insbesondere im Handel, überdurchschnittlich häufig vertreten. Bei den Frauen handelt es sich häufig um 16- bis 29jährige, die oft noch bei ihren Eltern leben.

Vollzeitbeschäftigte Frauen, die ihre wöchentliche Arbeitszeit *beibehalten* möchten (44 vH), sind häufiger unter den älteren Frauen und bei Singles anzutreffen. Bei Männern (48 vH) spielen Alter und Familienstand hingegen eine geringe Rolle. Im verarbeitenden Gewerbe ist im Vergleich zu den anderen Branchen die höchste Übereinstimmung zwischen vereinbarter und Wunscharbeitszeit vorzufinden⁹.

Mehrarbeit wünschen vorwiegend Männer (22 vH; Frauen 6 vH). Unter ihnen befinden sich eher Familienväter mit etwas älteren Kindern sowie qualifizierte und höhere Angestellte. Ihre Einkommenssituation liegt deutlich über dem Durchschnitt. Mehrarbeit wünschende Frauen befinden sich dagegen häufiger unter den Alleinerziehenden sowie unter den un- und angelernten Arbeiter-

⁸ Da vollzeiterwerbstätige Frauen häufig aus finanziellen Gründen diese Beschäftigungsform wählen, kommt eine erhebliche Arbeitszeitverkürzung oft für sie nicht in Betracht. Vgl. hierzu auch Frauen in Familie und Beruf — Steigender Erwerbstätigkeit der Frauen steht keine Entlastung im Haushalt gegenüber. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/1990.

⁹ Bei einer Betriebsbefragung über Arbeitszeitformen zeigte sich zudem, daß die Teilzeitquoten im produzierenden Gewerbe weit unter dem Durchschnitt liegen. Vgl. Hermann Groß et al.: Arbeitszeit und Betriebszeiten 1990, Köln/Berlin, 1991, S. 33ff.

Tabelle 5

Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) nach Geschlecht und Arbeitszeitwünschen in Westdeutschland 1993

	Von den vollzeitbeschäftigten Männern wollten ¹⁾ ihre wöchentliche Arbeitszeit ...				Von den vollzeitbeschäftigten Frauen wollten ¹⁾ ihre wöchentliche Arbeitszeit ...			
	um 6 u. mehr Std. verkürzen	um 2 bis 5 Std. verkürzen	beibehalten ²⁾	um 2 u. mehr Std. verlängern	um 6 u. mehr Std. verkürzen	um 2 bis 5 Std. verkürzen	beibehalten ²⁾	um 2 u. mehr Std. verlängern
Insgesamt	12	18	48	22	29	21	44	6
Altersgruppen								
16- bis 29jährige	14	16	47	23	19	28	48	6
30- bis 39jährige	11	21	48	21	40	19	34	7
40- bis 49jährige	10	18	47	26	33	14	45	8
50jährige und ältere	14	15	51	20	28	16	51	6
Familienstand								
ledig	13	15	50	22	23	23	48	6
verheiratet — zusammenlebend	11	19	48	23	37	23	36	5
geschieden	21	20	41	19	23	11	58	9
Ausländische Arbeitnehmer	11	17	51	21	27	14	54	5
Haushalts- und Familientypologie								
Einpersonenhaushalt	15	16	47	22	21	17	55	7
(Ehe-)Paar ohne Kind	13	20	48	19	36	23	35	6
(Ehe-)Paar m. Kind jünger als 16 Jahre	10	18	47	25	37	23	37	3
(Ehe-)Paar m. Kind 16 Jahre und älter	12	18	49	22	23	27	43	8
Alleinerziehende(r)	19	3	60	19	19	6	65	10
jüngste(r) Sohn/Tochter unter 3 Jahre	30	34	32	/	9	29	60	/
Ausüben einer entlohnenden Zweitstätigk.	17	18	43	22	/	/	34	/
Wirtschaftszweige								
Landwirtschaft, Bergbau und Energie	/	/	55	20	/	/	74	/
Verarbeitendes Gewerbe	8	18	47	28	24	23	44	9
Baugewerbe	8	19	57	16	/	/	/	/
Handel	20	21	40	19	35	19	42	5
übrige Dienstleistungen (ohne Staat)	17	16	52	15	29	23	41	7
Staat	15	17	50	19	31	17	47	5
Beschäftigt im öffentlichen Dienst	14	17	52	17	29	19	47	5
Berufliche Stellung								
un- und angelernter Arbeiter	8	16	53	24	24	25	46	6
Facharbeiter	8	18	55	19	17	20	53	11
Vorarbeiter/Meister	7	20	48	24	/	/	/	/
einfache Angestellte	25	13	42	20	29	17	48	6
qualifizierte und höhere Angestellte	15	17	40	28	29	22	41	8
Angestellte mit Leitungsfunktion	19	16	47	18	/	/	/	/
Beamte (einf. und mittlerer Dienst)	5	26	55	14	39	18	43	/
Beamte (gehob. u. höherer Dienst)	19	17	51	14	26	11	62	/
Mitglied in Gewerkschaft	8	20	49	24	30	22	44	5
Zufriedenheit mit Arbeit								
unzufrieden ³⁾	20	21	43	17	34	24	37	5
hochzufrieden ⁴⁾	8	12	62	18	17	22	56	6
Individuelle Bedeutung d. Vorstellung:								
fleißig u. ehrgeizig sein — eher wichtig ⁵⁾	10	17	50	22	26	20	47	7
n. Sicherheit streben — eher wichtig ⁵⁾	11	17	50	23	27	22	45	6
and. Menschen helfen — eher wichtig ⁵⁾	10	18	50	22	26	20	47	7
Quintile des Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommens								
unterstes Quintil	10	16	51	24	26	23	47	4
oberstes Quintil	17	16	41	26	34	16	44	6
Durchschnitt in DM								
Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen	2 002	1 846	1 773	1 954	2 347	1 999	2 156	2 066
Monatliches Bruttoeinkommen	4 937	4 807	4 617	5 140	3 733	3 451	3 581	3 238
Wenn Partner/Partnerin erwerbstätig:								
— Bruttoarbeitseinkommen d. Partn.	2 786	2 701	2 224	2 346	3 155	3 037	2 954	/

(/) Aufgrund geringer Fallzahl (weniger als 10 Fälle) nicht ausgewiesen. — ¹⁾ Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“ — ²⁾ Differenz der vereinbarten Arbeitszeit zur Wunscharbeitszeit beträgt 0 oder 1 Stunde. — ³⁾ Ausprägung 0 bis 4 einer Skala, die von 0 bis 10 reicht. — ⁴⁾ Ausprägung 10 (Hochzufrieden). — ⁵⁾ Ausprägung 5 bis 7 einer Skala, die von 1 bis 7 reicht.

Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel, Westdeutschland 1993.

rinnen. Fast ein Drittel der Männer, die sich eine längere Arbeitszeit bei entsprechend mehr Lohn wünschen, leisten bereits bezahlte Überstunden. Insgesamt sind Mehrarbeit wünschende Vollzeitbeschäftigte überdurchschnittlich häufig in Großbetrieben anzutreffen und äußern eine hohe Arbeitszufriedenheit.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Personen mit Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung häufiger in kleinen und mittleren Betrieben, im Dienstleistungsbereich sowie im Öffentlichen Dienst beschäftigt, Personen mit Wunsch nach Mehrarbeit hingegen häufiger im verarbeitenden Gewerbe zu finden sind. Hochqualifizierte Angestellte äußern sowohl häufiger den Wunsch nach erheblicher Reduktion der Arbeitszeit wie auch den Wunsch nach Mehrarbeit. Entscheidend für den Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung ist nicht ausschließlich die Einkommensposition, sondern auch die Familiensituation¹⁰ und die Einstellung zur Arbeit.

Arbeitszeitpräferenzen im Wandel

Arbeitszeitwünsche verändern sich mit den Wechseln des Lebens (z.B. Familiengründung)¹¹ und bleiben auch nicht unberührt von äußeren Ereignissen, z.B. tarifpolitischen Auseinandersetzungen um die Wochenarbeitszeit (Schaubild 1). Weiterhin reagieren Arbeitszeitwünsche auf anhaltende Strukturprobleme und konjunkturelle Schwankungen. So zeigt Schaubild 2, daß die seit 1984 gestiegenen Teilzeit-Erwerbswünsche Nichtbeschäftigter nach dem Vereinigungsboom zugunsten von Vollzeitbeschäftigung wieder abgenommen haben.

Die Veränderungen der Erwerbswünsche werden jedoch erst in der Längsschnittbetrachtung einer Panelbefragung genauer sichtbar. Tabelle 6 zeigt die höhere Stabilität der Arbeitszeitwünsche von Männern in längerfristiger Betrachtung. 1993 entsprachen bei 55 vH der Männer und 56 vH der Frauen die Arbeitszeitwünsche jenen des Vorjahres. Die Stabilität der Arbeitszeitwünsche ist naturgemäß niedriger, wenn ein Fünfjahresvergleich vorge-

nommen wird. Zugleich treten nun die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Erscheinung. So äußerten 1993 nur noch 44 vH der Männer und 35 vH der Frauen dieselben Arbeitszeitwünsche wie fünf Jahre zuvor (1988). In allen dargestellten, nach Arbeitszeitwünschen gegliederten Gruppen sind Präferenzwechsel im Zeitablauf zu verzeichnen. Ein längerfristiger und offensichtlich dauerhafter Mismatch von vereinbarter und Wunscharbeitszeit zeigt sich insbesondere in der Gruppe der Vollzeitbeschäftigten mit erheblichen Verkürzungswünschen (Frauen) und bei Mehrarbeitswünschen (Männer). Die Fünfjahresbetrachtung macht zudem deutlich, daß 19 vH der 1993 abhängig in Vollzeit beschäftigten Frauen fünf Jahre zuvor noch gar nicht beschäftigt gewesen war: auch unter diesen Neuzugängen am Arbeitsmarkt war lediglich die Hälfte mit der wöchentlichen Arbeitszeit zufrieden. Wenn im Zeitablauf durchschnittlich konstante Arbeitszeitwünsche gemessen werden, so kann dies also Unterschiede in der Zusammensetzung der Befragten überdecken.

In erheblichem Umfang wünschen die Beschäftigten kleine Schritte der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung. Die Längsschnittdaten zeigen, daß sich gerade in dieser Gruppe die Arbeitszeitpräferenzen im Zeitablauf deutlich ändern. Soll dieses Potential genutzt oder sogar ausgeweitet werden, müssen die Betriebe flexibel sein und eine reibungslose Variation der Arbeitszeit ermöglichen. Ob die kleinen Schritte der Arbeitszeitverkürzung auch zur Schaffung von mehr Beschäftigung genutzt werden, bleibt allerdings fraglich. Es ist nicht auszuschließen, daß vielmehr eine Verdichtung der Arbeitszeit eintritt, die Arbeitszeitver-

¹⁰ Vgl. Wolfgang Prenzel und Burkhard Strümpel: Männlicher Rollenwandel zwischen Partnerschaft und Beruf, in: Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie, Jg. 38, Heft 1, 1990, S. 37-45.

¹¹ Vgl. auch Elisabeth Beck-Gernsheim: Zukunftsplanung und Sicherheitsstreben — Strategien der Lebensführung in der individualisierten Gesellschaft, in: Elke Holst et. al. (Hg.), Erwartungen an die Zukunft, Frankfurt/M. — New York, 1994, S. 139ff.

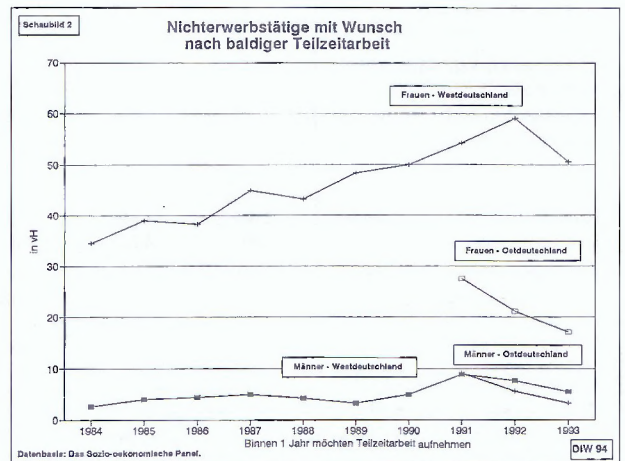
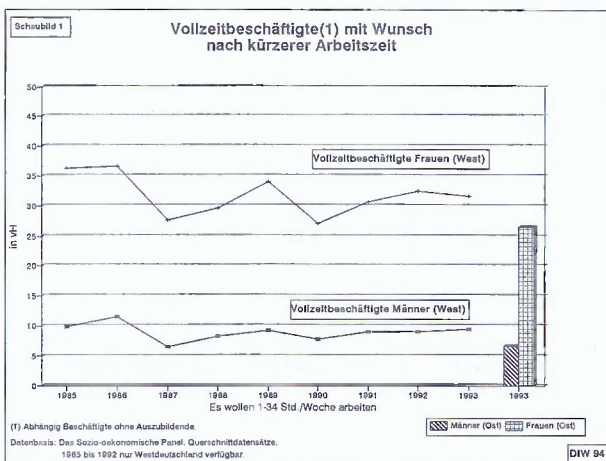


Tabelle 6

Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) nach Geschlecht und Stabilität von Arbeitszeitwünschen
in vH

	Vollzeitbeschäftigte Männer, die ihre wöchentliche Arbeitszeit im Jahr 1993 ...				Vollzeitbeschäftigte Frauen, die ihre wöchentliche Arbeitszeit im Jahr 1993 ...			
	um 6 u. mehr Std. verkürzen möchten ¹⁾	um 2 bis 5 Std. verkürzen möchten ¹⁾	beibehalten ²⁾ möchten ¹⁾	um 2 u. mehr Std. verlän- gern möchten ¹⁾	um 6 u. mehr Std. verkürzen möchten ¹⁾	um 2 bis 5 Std. verkürzen möchten ¹⁾	beibehalten ²⁾ möchten ¹⁾	um 2 u. mehr Std. verlän- gern möchten ¹⁾
im Jahr 1992 wollten ¹⁾ ihre Arbeitszeit ...	Summe der Angaben = 100 vH				Summe der Angaben = 100 vH			
um 6 und mehr Std. verkürzen	6	2	4	0	16	4	5	0
um 2 bis 5 Std. verkürzen	2	8	8	2	4	8	7	0
beibehalten ²⁾	2	6	29	8	6	7	30	2
um 2 und mehr Std. verlängern	1	1	6	12	0	1	3	2
waren noch nicht beschäftigt	0	1	1	1	1	1	2	1
im Jahr 1988 wollten ¹⁾ ihre Arbeitszeit ...	Summe der Angaben = 100 vH				Summe der Angaben = 100 vH			
um 6 und mehr Std. verkürzen	4	3	3	1	9	2	7	0
um 2 bis 5 Std. verkürzen	2	7	9	3	6	5	7	1
beibehalten ²⁾	3	6	26	10	6	8	20	3
um 2 und mehr Std. verlängern	1	1	6	7	0	1	4	1
waren noch nicht beschäftigt	1	1	4	2	6	4	8	1

¹⁾ Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“ — ²⁾ Differenz der vereinbarten Arbeitszeit zur Wunscharbeitszeit beträgt 0 oder 1 Stunde.
Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel. Westdeutschland 1988/92/93; Längsschnitt.

kürzung also zur Erzielung von Produktivitätsgewinnen¹² genutzt wird und damit eine Beschäftigungsexpansion ausbleibt.

Arbeitszeitwünsche in Ostdeutschland

Die im Vergleich zu Westdeutschland stärkere Erwerbsorientierung — insbesondere der Frauen — wird bei der Analyse der Arbeitszeitwünsche in Ostdeutschland deutlich. Auf den ersten Blick scheint der im Vergleich zu Westdeutschland höhere Anteil von insbesondere Männern, die ihre Arbeitszeit verkürzen wollen, auf das Gegenteil hinzuweisen (Tabelle 2). Auch decken sich vereinbarte und gewünschte Arbeitszeit in Ostdeutschland im Durchschnitt weniger als im Westen (Tabelle 4). Diese Werte relativieren sich jedoch vor dem Hintergrund der deutlich höheren vereinbarten Arbeitszeit in Ostdeutschland. Selbst eine Realisierung der Arbeitszeitwünsche würde lediglich zu durchschnittlichen Arbeitszeiten führen, die noch über den vereinbarten Arbeitszeiten in Westdeutschland lägen. Tatsächlich werden in Ostdeutschland Arbeitszeitverkürzungen auf unter 35 Wochenstunden seltener als in Westdeutschland gewünscht (Schaubild 1).

Die im Vergleich zu Westdeutschland deutlich höhere Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen drückt sich auch im Vergleich von vereinbarter und gewünschter Arbeitszeit aus (Tabelle 4). Vollzeit beschäftigte Frauen wollen ihre wöchentliche Arbeitszeit „lediglich“ um 3,4 Stunden (West: 4,2 Stunden) verkürzen, Teilzeiterwerbstätige dagegen ihre Arbeitszeit um 2,7 Stunden (West: 0,8 Stunden) aus-

dehnen — dies, obwohl ihre durchschnittliche vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit bereits mit 27,8 Stunden über 8 Stunden höher als die der Frauen in Westdeutschland ist. Insbesondere die teilzeitbeschäftigten Frauen weisen eine vergleichsweise geringe „Zufriedenheit“ mit ihrer Arbeitszeit auf: Hier äußern „nur“ 40 vH eine Übereinstimmung zwischen vereinbarter und Wunscharbeitszeit (West: 68 vH).

Auch für derzeit Nichterwerbstätige in Ostdeutschland spielt Teilzeitarbeit nur eine untergeordnete Rolle. Von den im SOEP hochgerechnet ausgewiesenen über 2 Millionen nichterwerbstätigen Personen mit Erwerbswunsch wollen etwa 1,3 Millionen Vollzeit und nur etwa 0,3 Millionen in Teilzeit arbeiten. Zwar wünschen Frauen häufiger als Männer diese Beschäftigungsform, im Unterschied zu Westdeutschland überwiegt unter den Nichtbeschäftigten aber der Wunsch nach Vollzeitarbeit. Ein knappes Drittel der befragten Frauen dieser Gruppe entschied sich für keine bestimmte Arbeitszeitform (West: knapp ein Fünftel).

Insgesamt besteht in Ostdeutschland somit zwar ein hohes Potential für Arbeitszeitverkürzungen, diese setzen sich jedoch in geringerem Ausmaß als in Westdeutschland in eine Nachfrage nach Teilzeitarbeit um. Gefragt ist derzeit noch vor allem Vollzeitarbeit im Umfang des Westniveaus.

¹² McKinsey schätzt den potentiellen Produktivitätsgewinn auf durchschnittlich 20 vH der Personalkosten der in Teilzeit wechselnden Mitarbeiter. Vgl. McKinsey&Company: Teilen und Gewinnen — Das Potential der flexiblen Arbeitszeitverkürzung, München, 1994, S. 10.

Resümee

Der Korridor durchschnittlicher Wochenarbeitszeiten, den Vollzeitarbeit umfaßt, hat sich in den letzten Jahren aufgrund der stufenweisen Verkürzung der Arbeitszeiten und der zunehmenden Spreizung der branchenüblichen Wochenarbeitszeiten vergrößert. Die im Frühjahr 1994 in der Metall- sowie in der Stahlindustrie vereinbarten Tarifverträge förderten zudem diese Entwicklung, indem sie die Möglichkeit einräumten, im Rahmen von Betriebsvereinbarungen die Arbeitszeit auf 30 bzw. 32 Wochenstunden zu reduzieren¹³. Vollzeitarbeit ist nach wie vor die am häufigsten angestrebte Beschäftigungsform, auch wenn sie nicht mehr an eine starre Wochenarbeitszeit gebunden ist.

In West- wie in Ostdeutschland besteht jedoch ein noch nicht ausgeschöpftes Potential für Arbeitszeitverkürzung — sowohl im Rahmen von Voll- als auch von Teilzeitarbeit. Die Teilzeittoffensive der Bundesregierung trifft somit auch auf eine Nachfrage bei den Beschäftigten. Wie arbeitswissenschaftliche Untersuchungen ergeben haben, sehen auch die Arbeitgeber in Teilzeitarbeit mehr Vor- als Nachteile¹⁴. Ob dieses „Teilzeit-Potential“ allerdings ausreicht, die registrierte Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen, ist vor dem Hintergrund der hohen Unterbeschäftigung (einschließlich der nicht als arbeitslos registrierten Gruppe Nichterwerbstätiger, die bei einem möglichen Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt insbesondere an einer Teilzeittelle interessiert ist, bereits bestehender Wünsche nach Mehrarbeit (z.B. auch durch Aufnahme einer Zweitbeschäftigung) sowie möglicher Produktivitätsgewinne durch Teilzeitarbeit äußerst fraglich. Hier hätte eine generelle Arbeitszeitverkürzung, sofern sie flexibel gehandhabt wird, sicher die größeren Beschäftigungseffekte und zugleich den Vorteil, daß sich die Grenzen zwischen Voll- und Teilzeitarbeit zunehmend verringern. Damit würden sich auch die heute noch mit Teilzeitarbeit verbundenen Nachteile Schritt für Schritt reduzieren. Selbst unter Inkaufnahme entsprechender Verdiensteinbußen wollten 1993 etwa ein Viertel der Männer und die Hälfte der vollzeiterwerbstätigen Frauen ihre Arbeitszeit gerne um einige Stunden verkürzen.

Wie die Untersuchungen zeigen, ändern sich Arbeitszeitwünsche im Zeitablauf. Vor diesem Hintergrund erhalten Optionen¹⁵ zur Rückkehr auf längere Arbeitszeiten bzw. — bei Erwerbsunterbrechungen — in den Betrieb, also eine flexible Nutzung von Angeboten zur Arbeitszeitverkürzung nach den eigenen Bedürfnissen bzw. Wechselfällen des Lebens, für die tatsächliche Inanspruchnahme von Arbeitszeitverkürzung einen erhöhten Stellenwert. Der

öffentliche Dienst, wo viele Beschäftigte ihre Arbeitszeit erheblich verkürzen möchten, kann hier eine wichtige Pilotfunktion übernehmen. Da in vielen Fällen finanzielle Restriktionen dem Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung entgegenstehen, wird auch die Verbindung von Arbeitszeitverkürzung und finanziell geförderter beruflicher Weiterbildung¹⁶ — sie liegt im Interesse des Betriebes wie der Beschäftigten — eine wichtige Rolle spielen.

Die nach wie vor relativ starke Orientierung an der Vollerwerbstätigkeit ist auch im Zusammenhang mit den an dieser „Normalarbeitszeit“ ausgerichteten institutionellen Rahmenbedingungen zu sehen. Sowohl in sozialen Sicherungssystemen¹⁷ als auch im Beruf werden Teilzeitbeschäftigte benachteiligt¹⁸. Teilzeitbeschäftigte Frauen sind zu vier Zehnteln (vollzeitbeschäftigte: ein Drittel) in den niedrigqualifizierten Tätigkeitsfeldern zu finden¹⁹. Unter den bestehenden Teilzeit-Bedingungen zeichnet sich bei einer Ausweitung von Teilzeitarbeit eher eine Verstärkung der bestehenden Strukturen und damit eine verstärkte Segregation am Arbeitsmarkt ab. Eine Teilzeittoffensive wird erst dann auch bei den Männern Erfolg haben²⁰, wenn sie auch die Entwicklung von Rahmenbedingungen fördert, die die Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit für wirtschaftliche Eigenständigkeit wünschende Personen in qualifizierten Tätigkeiten attraktiv machen. Dies beinhaltet sowohl eine Veränderung steuerlicher Regelungen (Ehegattensplitting) als auch eine Anpassung der bislang noch vorwiegend an der „Normalarbeitszeit“ (ununterbrochene Vollzeiterwerbsarbeit) ausgerichteten sozialen Sicherungssysteme.

¹³ Vgl. Hartmut Seifert: Möglichkeiten beschleunigter Arbeitszeitverkürzungen, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 47, Heft 6, 1994, S. 371.

¹⁴ Vgl. Bernd Hof: Von der Voll- zur Teilzeit, internationale Erfahrungen und Perspektiven, in: iw-trends, Heft 1, 1994, S. 13.

¹⁵ In diesem Zusammenhang gewinnt der von Hinrichs geprägte Begriff der „garantierten Optionalität“ an Bedeutung. Vgl. Karl Hinrichs: Zur Zukunft der Arbeitszeitflexibilisierung, in: Soziale Welt, Jg. 43, Heft 3, 1992, S. 313-330.

¹⁶ Vgl. z.B. Hartmut Seifert, a.a.O., S. 370-377.

¹⁷ Vgl. z.B. Stefan Sell: Frauen in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik, in: Sozialer Fortschritt, Jg. 43, Heft 5, 1994, S. 116-121, sowie Sigrid Quack, a.a.O.

¹⁸ Zu sozialpolitischen Reformansätzen bei der Arbeitszeitgestaltung vgl. Gerhard Bäcker und Brigitte Stolz-Willig: Geschlechterrollen und sozialpolitische Umorientierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 7, 1993, S. 414-432.

¹⁹ Vgl. Frank Bauer et al., a.a.O., S. 89.

²⁰ Vgl. Bernhard Jagoda: „Mit den Denkschablonen von gestern sind die Probleme von heute nicht zu lösen“, in: Handelsblatt vom 30.3.1994.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettli, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Kurt Geppert.

Integration deutscher Zuwanderer in den westdeutschen Arbeitsmarkt Bearbeitet von Erika Schulz und Kerstin Seiring. —
Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland. Bearbeitet von Elke Holst und Jürgen Schupp.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304